

## **Protokoll**

der 8. Sitzung des Ortsbeirates des Ortsteils Schönwalde-Siedlung am 19. Mai 2009

**Beginn:** 19.30 Uhr  
**Ende:** 22.15 Uhr (Öffentlicher Teil)  
**Ort:** Gemeindesaal  
Berliner Allee 3, 14621 Schönwalde-Glien

**Teilnehmer:** Bauer, Mario  
Dr. Krieg, Uta  
anwesend bis einschl. TOP 8  
Krug, Michael  
Laarß, Katja  
Laarß, Michael  
Mund, Hans-Joachim  
Schatz, Uwe  
Zock, Ines (Ortsvorsteherin)

entschuldigt gefehlt  
—  
Woith, Lothar

**Gäste:** Oehme, Bodo (Bürgermeister)  
Ulf Hoffmeyer-Zlotnik (Geschäftsführer ASB Falkensee, Familienhilfe im HVL)  
Frau Behrendt (Gemeindevertreterin)  
Herr Bittner (Gemeindevertreter)  
Herr Husmann, (Anwohner Damsbrücker Str. 1)  
Anwohnerinnen und Anwohner der Brandenburgischen Straße  
Herr Mumm (Streetworker in Schönwalde)  
Herr Fischer (Journalist der MAZ)

### **Öffentlicher Teil:**

#### **zu TOP 1**

##### ***Eröffnung der Sitzung, Feststellen der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit***

Frau Zock begrüßt den Bürgermeister sowie alle Anwesenden und stellt mit 8 Ortsbeiratsmitgliedern die Beschlussfähigkeit der Sitzung fest.

#### **zu TOP 2**

##### ***Änderungsanträge und Feststellung der Tagesordnung***

Frau Zock bittet darum, den TOP 7: Jugendarbeit - wegen Anwesenheit des Gastes, Herrn Hoffmeyer-Zlotnik, vorzuziehen und mit dem TOP 5 zu tauschen.

Frau Dr. Krieg fragt nach der korrekt fortlaufenden Nummerierung der vorliegenden, aktuellen Tagesordnung.

Frau Zock fügt einen zusätzlichen Antrag in die Tagesordnung ein: Thema - *Studentenprojekt Ortskernsgestaltung*. Dadurch ergibt sich eine Nummerierung der TOP's von 1- 15.

Frau Zock bittet die OBR-Mitglieder jeweils eigenhändig ihre Nummerierung zu korrigieren.

Der Antrag von Herrn Schatz zum Ausbau eines Fußgängerüberweges an der Kreuzung Kurmärkische Straße und Straße Unter den Linden wird auf die nächste Sitzung gelegt.

**Beschluss:** Die Änderung zur Tagesordnung wird angenommen.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig (mit 8 Ja-Stimmen)

### **zu TOP 3**

#### **Protokollkontrolle und Protokollgenehmigung**

Frau Dr. Krieg hat drei Änderungs-Anmerkungen zum Protokoll der 6. Sitzung:

1. die Erklärung für die Kinderrechte liegt dem Protokoll nicht bei.
2. zu TOP 8: Herr Oehme erwähnte, dass Turnen und Leichtathletik in Falkensee angeboten wird.
3. Thema: Sanierung der Altdeponie: Es muss Terra Urbana heißen.

**Antrag:** Annahme des Protokolls der 6. Sitzung

**Abstimmungsergebnis zum Antrag:** einstimmig (mit 8 Ja-Stimmen)

Frau Dr. Krieg bemängelt, dass Frau Nickel im Protokoll der 7. Sitzung, unter TOP 9, überhaupt nicht erwähnt wurde, obwohl sie ihren kontroversen Standpunkt geäußert hat und möchte daher folgenden Satz hinzuzufügen: „Frau Nickel hat ihren Standpunkt zum TOP 9 dargelegt.“

**Antrag:** Annahme des Protokolls der 7. Sitzung

**Abstimmungsergebnis zum Antrag:** 6 Ja-Stimmen / 1 Nein-Stimmen / 1 Stimm-Enthaltungen

### **zu TOP 4**

#### **Einwohnerfragestunde**

Frau Zock erteilt einem Bürger, Herrn Römer aus der Brandenburgischen Straße 177, das Wort. Dieser war überrascht, dass bei der Einwohnerversammlung am Freitag, den 15.05.09 kein Ortsbeiratsmitglied anwesend war. Auf der Versammlung wurde bekannt gegeben, dass die Damsbrücker Straße nicht gebaut wird. Die Kosten beim Straßenbau tragen zu 70% die Anwohner und zu 30 % die Gemeinde. Herr Römer fragt: „Warum werden beim Ausbau der Brandenburgischen Straße nicht gleichzeitig auch ca. 80 m bis 100 m der Damsbrücker Str. mit ausgebaut?“

Frau Zock informiert Herrn Römer, dass sie keine offizielle Einladung zur Einwohnerversammlung hatte. Es sei auch in Schönwalde bisher nicht so gehandhabt worden, dass die Mitglieder des Ortsbeirates zu den Einwohnerversammlungen bei Straßenausbaumaßnahmen eingeladen werden. Sie fügt hinzu, dass die Prioritätenliste für den Straßenbau Schönwalde-Siedlung im Ortsbeirat bereits im Jahr 2007 beschlossen wurde. Die Prioritätenliste gibt dem Bürger Sicherheit in Bezug auf eine finanzielle Planung. Es ist nicht davon auszugehen, dass jeder Bürger das Geld für solch eine Maßnahme, welche mit hohen Kosten verbunden ist, sofort zur Verfügung hat.

Frau Behrendt äußert, dass laut Finanzausschuss kein Geld für den Ausbau der Damsbrücker Str. vorhanden ist. Sie meint nicht, dass der Straßenbau generell in Schönwalde nach dem Streuprinzip erfolgt, sondern, dass an einer Fertigstellung der Straßen kontinuierlich gearbeitet wird. Eine Ausnahme bildet dabei die Brandenburgische Straße, die von vorn herein, aufgrund der bereitgestellten Haushaltsmittel, in 3 Teilabschnitten geplant war. Des Weiteren möchte Frau Behrendt auch nicht, dass alle Straßen von Schönwalde asphaltiert werden und richtet sich mit der Frage an die Bevölkerung, ob es tatsächlich gewollt ist, dass alle Straßen Schönwaldes betoniert werden.

Herr Oehme sagt, dass eine Einladung zur Einwohnerversammlung an den OBR ergangen ist. Die Damsbrücker Straße war zuerst für den oberen, nördlichen Teil vorgesehen, aber dann gab es eine Haushaltsplanung.

Frau Zock bestreitet wiederholt, dass sie eine offizielle Einladung zur Einwohnerversammlung erhalten hat. Der Termin war ihr aber bekannt gewesen.

Frau Rudolph, wohnt seit 37 Jahren in der Brandenburgischen Straße. Sie erlebt dort die „Schweinesuhle“ tagtäglich und bei jedem Wetterwechsel. Sie befürchtet, dass beim Nicht-Ausbau der Damsbrücker Straße die Brandenburgische Straße im Kreuzungsbereich durch das täglich Befahren von Anliegern, welche die Damsbrücker Straße gern als Abkürzung nehmen, beschmutzt und beschädigt wird. Ihr wurde zudem gesagt, dass die Brandenburgische Straße ca. 20 – 30 Jahre halten muss, bis sie wieder erneuert oder repariert werden kann. Sie selbst würde die Damsbrücker Straße nicht benutzen, aber ihre Kundschaft würde das tun. Der Weg bis zur Strandalle oder noch weiter um auf die Kurmärkische Straße zu gelangen, ist ihren Kunden zu lang. Sie werden deshalb durch die „Schweinesuhle“ fahren.

Herr Husmann stellt fest, dass er heute der einzige Anwohner aus der Damsbrücker Straße ist. Er stellt klar, dass es hier um zwei Teilstücke der Damsbrücker Straße geht. Einmal geht es um den südlichen Teil, wo er

selbst wohnt, und einmal geht es um das Teilstück zwischen Brandenburgische Straße und Kurmärkische Straße, welches seiner Meinung nach schon sinnvoll wäre, gleich mit auszubauen, weil dort das Verkehrsaufkommen erhöht ist. Im südlichen Teil der Damsbrücker Straße, wo er selbst wohnt, findet überhaupt kein Verkehr statt. Diesen Ausbau würde er für einen Schildbürgerstreich halten. Diese Angelegenheit wird derzeit wohl auch noch von der Kommunalaufsicht geklärt. Das Geld was man für den Ausbau des südlichen Teils einspart, kann man seiner Meinung nach doch für den Ausbau des anderen Teilstückchens verwenden.

Eine Anwohnerin erklärt, dass diese Straße nicht nur für den Autoverkehr genutzt wird, sondern auch von Fußgängern und Fahrradfahrern. Bei schlechtem Wetter sei die Straße allerdings zu moddrig, um sie zu benutzen. Zudem würden irgendwelche Anlieger in die Löcher ihre Gartenabfälle schütten, was den Zustand der Straße noch weiter verschlechtern würde. Es fehlt auch an einem Leuchtkörper in der Straße.

Frau Zock erwidert, dass sie den Ausführungen der Bürgerin durchaus folgen kann. Es ist aber nun mal in der Siedlung so, dass es noch sehr viele unbefestigte Straßen gibt, welche alle in einem ähnlich schlechtem Zustand sind. Der Ortsbeirat hatte es sich deshalb im Jahre 2007 bei der Erstellung der Prioritätenliste auch nicht einfach gemacht, und ist alle Straßen abgefahren, welche vom Bauamt auf die „Liste der dringend auszubauenden Straßen“ gesetzt worden sind. Die Damsbrücker Straße befand sich im übrigen nicht mit auf dieser Liste. Die Prioritätenliste ist erstellt worden und beschlossen worden. Jetzt muss sich der Ortsbeirat auch daran halten. Man kann nun nicht dauernd von der Prioritätenliste abweichen, sondern sollte vielmehr daran arbeiten, dass diese Liste zügig umgesetzt wird. Wir sollten uns daher die Frage stellen, wollen wir einen planmäßigen Straßenausbau, wo sich die Bürger auch finanziell darauf einstellen können oder wollen wir zukünftig Straßen nach „Bedarf“ und auf „Zuruf“ ausbauen. Der Ortsbeirat Schönwalde-Siedlung hatte sich bei der Erstellung der Prioritätenliste auf ein planerisches Vorgehen bereits festgelegt und kann nun nicht ständig von seinen eigenen Beschlüssen abweichen.

Eine andere Bürgerin gibt zu verstehen, dass sie der Argumentation durchaus folgen kann. Es ist sinnvoll beim Straßenbau planerisch vorzugehen, doch heute sind viele Bürger der Brandenburgischen Straße anwesend, die alle das gleiche Interesse haben und vorher nicht gefragt worden sind. Man hätte die Anwohner der Brandenburgischen Straße vorher fragen können, was sie wollen, und ob sie bereit wären, dafür auch mehr Geld zu bezahlen, damit die Damsbrücker Straße für Gehbehinderte, Radfahrer etc. ausgebaut wird.

Herr Oehme führt aus, dass für die Prioritätenliste der Ortsbeirat autark ist. Er betont, dass im Ortsteil Siedlung der Straßenausbau genau nach dieser Prioritätenliste erfolgt. In diesem Fall hat die Planerin jedoch festgestellt, dass es sinnvoll ist, dieses Stückchen gleich mitzumachen, genau wie das Stückchen Strandallee auch gleich mitgemacht wird. In der Priorität ist die Strandallee die nächste Straße, welche nach der Brandenburgischen Straße ausgebaut wird. Das Stückchen Damsbrücker Straße hat sich aus dem Fahrverhalten der Leute ergeben, welche dort ständig durchfahren. Dem Ortsbeirat lag die Planungsvorstellung für den Ausbau der Damsbrücker Straße (südlicher Teil) vor, damit der Beschluss entsprechend gefasst werden konnte.

Frau Zock moniert, dass die Planungsunterlagen leider zu spät gereicht worden sind. Die Unterlagen lagen nicht im Februar vor, als über die Brandenburgische Straße, in welchen der Teilausbau Damsbrücker Straße (südlicher Teil) mit enthalten sein sollte, beschlossen worden ist, sondern erst in der März Sitzung.

Herr Oehme erklärt, dass die Unterlagen aber für die Entscheidung über die Änderung der Prioritätenliste im April vorgelegen haben bzw. bereits im März vorlagen. Er betont, dass im März die Planungsunterlagen eingereicht wurden und seitdem vorliegen!

Herr Laarß nimmt auf das Argument „Verkehrsentlastung“ Bezug und erklärt, dass es aber noch mehr Sinn machen würde, die Damsbrücker Straße dann gleich bis zur Straße der Jugend auszubauen. Zudem führt Herr Laarß aus, dass uns immer gesagt wurde, dass die Anwohner der Damsbrücker Straße den Ausbau wollen. Er hat aber noch nie einen Anwohner der Damsbrücker Straße (Teilstück Brandenburgische Straße und Kurmärkische Straße) gehört oder gesehen, der den Ausbau will. Diese Bürger hätten dann in den entsprechenden Sitzungen auch anwesend sein müssen.

Herr Husmann moniert, dass dieser Vorwurf an die Gemeinde gehen muss. Wie kann es sein, dass dies alles auf Tagesordnungen gesetzt wird und beschlossen wird, während die Informationsveranstaltungen für die Einwohner erst danach durchgeführt werden.

Frau Zock erklärt, dass genau dieser Hinweis bereits an die Verwaltung gegeben worden ist. Sie sagt, genau das sei auch der Punkt für den Unmut der Bürger, dass sie erst jetzt davon Kenntnis haben, wo die Sache schon entschieden worden ist.

Herr Krug versteht den Frust der Bürger durchaus, erklärt aber auch, dass wir hier nur Feierabendpolitiker sind, und dass wir letztlich auch auf eine vernünftige Zuarbeit der Verwaltung angewiesen sind. Auf die Notwendigkeit eines Ausbaus der Damsbrücker Straße hat uns seitens der Verwaltung nie jemand aufmerksam gemacht. Ähnliche Probleme, wie die der jetzt anwesenden Bürger gibt es an vielen Stellen in Schönwalde-Siedlung z.B. auch in den „Vogelsteigen“. Wir haben hier keine willkürlichen Entscheidungen getroffen, sondern sind größtenteils den Vorschlägen der Verwaltung gefolgt. Zudem wurde uns gesagt, dass für den Ausbau der Damsbrücker Str. keine Mittel vorhanden sind. Warum sollen wir dann darüber entscheiden?

Herr Schatz erklärt, dass es viele logische Gründe dafür gibt, dass die Damsbrücker Straße mit ausgebaut wird. Es sei aber nicht so, dass der Ortsbeirat willkürlich Entscheidungen trifft, sondern wir haben viel diskutiert, über das Für und Wider. Unsere Entscheidungen beruhen auch nicht darauf, dass, wenn gerade Bürger sagen, wir wollen das haben oder wir wollen das nicht haben, wir dem dann sofort folgen. Auch bei der letzten Sitzung haben wir viel über eine Änderung der Prioritätenliste diskutiert und die Entscheidung ist 50 zu 50 ausgefallen. In diesem Fall war auch die Entscheidung bzgl. der Finanzen mit der Ausschlag gegebene Punkt, warum der Antrag gescheitert ist. Es wurde uns gesagt, die Finanzen sind überhaupt nicht vorhanden und sind auch nicht im Haushalt mit eingestellt. Die Tatsache ob Bürger anwesend gewesen wären oder nicht, spielte dabei keine Rolle.

Herr Römer moniert, dass die Bürger nicht vom Ortsbeirat gefragt oder informiert wurden und fühlt sich aus dem Entscheidungsprozess völlig ausgeschlossen.

Frau Zock wendet ein, dass der Ortsbeirat laut Kommunalverfassung nicht zur Einwohnerversammlungen einladen darf. Dieses Recht obliegt nur dem Hauptamtlichen Bürgermeister, der dies hätte rechtzeitig tun können. Die Sitzungstermine unserer Ortsbeiratssitzungen sind bekannt, die Tagesordnung wird öffentlich bekannt gemacht und meistens gibt es auch noch eine kleine Pressemitteilung, wann wir tagen und worüber. Zudem erklärt Frau Zock den Bürgern, dass der Ortsbeirat zwar über die Reihenfolge im Straßenausbau beschließen kann, dass aber die finanzielle Absicherung durch die Gemeindevertretung erfolgen muss. Wir sind hier nicht alleiniger Herr des Verfahrens!

Frau Behrendt fasst noch mal zusammen, dass im Gemeindehaushalt kein zusätzliches Geld vorhanden gewesen wäre, womit der Ausbau finanziert hätte werden können. Frau Behrendt betont, dass uns die Diskussion im Moment nicht weiterbringt, weil wir ansonsten etwas anderes aus dem Haushalt streichen müssten, um die Damsbrücker Straße ausbauen zu können. Ihrer Meinung nach kann aber im Haushalt nichts raus gestrichen werden.

**Hinweis an die Verwaltung:** Eine Anwohnerin fragt, ob straßenbautechnisch etwas für Kinder getan werden könne, z. B. in Form einer Verkehrsberuhigung.

Nun äußert sich Herr Oehme noch mal zur finanziellen Situation. Er sagt, dass die Mittel für den Ausbau der Brandenburgischen Straße + dem südlichen Teil der Damsbrücker Straße im Haushalt eingestellt sind. Diese Mittel sind also verfügbar. Er führt aus, dass, wenn der Ortsbeirat darüber entscheiden will, dass die Damsbrücker Straße ausgebaut wird, dies auch tun kann. Danach geht die Sache weiter zur Beschlussfassung in die Gemeindevertretung. Er Oehme führt aus, dass der Ortsbeirat gleich heute eine Absichtserklärung abgeben kann, dass die Damsbrücker Straße ausgebaut wird. Das kann nur der Ortsbeirat machen und nicht die Gemeindevertretung. Dann könnte die Angelegenheit sofort an die Gemeindevertretung zur Beschlussfassung weitergereicht werden. Die Gemeindevertretung kann dann im Haushaltsplan im Gesamtkontext sehen, ob diese 50 m mit ausgebaut werden können, oder ob sie den Haushaltsplan sprengen. Dies müsste dann geprüft werden, das kann Herr Oehme aber heute nicht machen.

Frau Zock weist auf die rechtlichen Gegebenheiten hin, und führt aus, dass auch Herr Oehme solche Initiativanträge mit Absichtserklärungen in der Gemeindevertretung nicht zulassen würde, und dass dies auch formal zum jetzigen Zeitpunkt, wo über die Tagesordnung bereits beschlossen worden ist, nicht korrekt sei.

Herr Husmann stellt die Frage wie viel Geld denn eingespart wird, wenn der südliche Teil der Damsbrücker Straße nicht ausgebaut wird.

Herr Oehme antwortet, das sind 50 m laufende Straße bei 4 m Breite die im Gesamtausschreibungstext bereits enthalten sind. Das andere Stück sind 80 m laufende Straße bei 4,75 m Breite. Die genauen Kosten kann Herr Oehme nicht nennen. Er sagt, dass könnten 20.000 – 30.000 EUR sein.

Frau Zock möchte die Diskussion nach ca. 50 Minuten abbrechen und mit dem nächsten TOP fortfahren.

Herr Schatz fragt Herrn Oehme im Nachgang noch mal, ob man heute nicht doch darüber abstimmen kann und wie es sich mit den Initiativanträgen verhält.

Herr Oehme führt dazu aus, dass Initiativanträge grundsätzlich machbar sind. Korrigiert dann aber, dass wenn eine Tagesordnung abgeschlossen ist, dann keine weiteren Punkte mehr rauf genommen werden können. Davon unbenommen, kann der Ortsbeirat aber sagen, dass zur nächsten Sitzung das Thema noch mal aufgerufen werden kann.

Uwe Schatz beantragt sodann, dass der Tagesordnungspunkt Damsbrücker Straße zur nächsten Sitzung mit rauf genommen wird.

Frau Zock moniert, dass ihr für eine nachhaltige Änderung der Prioritätenliste noch immer die Bestandsaufnahme der Verwaltung fehlt. Ohne diese baufachlich Zuarbeit der Verwaltung würde es keinen Sinn machen, nochmals über die Änderung der Prioritätenliste zu beraten.

Herr Krug macht Herrn Oehme auf einen Umstand aus der letzten Legislaturperiode aufmerksam, wo er selber (Herr Oehme) mal gesagt, hat, dass man über eine Sache nicht immer wieder neu beschließen muss, nur weil ein paar Leute laut schreien. Herr Krug spricht sich ebenfalls für eine nachhaltige Beratung zur Prioritätenliste mit baufachlicher Zuarbeit aus; wenn überhaupt noch mal darüber beraten werden muss.

Herr Laarß stellt noch mal klar, dass Einigkeit darüber herrscht, dass wenn wir das nächste Mal über die Angelegenheit beraten, der Tagesordnungspunkt „Änderung der Prioritätenliste“ heißen muss und nicht „Damsbrücker Straße“.

Frau Krieg hält es nicht für nötig, über alle nicht ausgebauten Straßen in der Siedlung zu beraten. Es geht hier speziell um die Damsbrücker Straße. Eine Zuarbeit der Verwaltung in dem Sinne, wie Frau Zock sie fordert, hält sie daher für nicht notwendig. Die Damsbrücker Straße war nur als Teilstück der Brandenburgischen Straße gedacht, es ging hier nicht um die komplette Überarbeitung der Prioritätenliste. Wenn wir damit anfangen, hätten wir einen irren Verwaltungsaufwand, sagt Frau Dr. Krieg.

Herr Hans-Joachim Mund plädiert dafür, Weitsicht walten zu lassen und hier aus Kostengründen zukünftig in ähnlichen Situationen, wo Kleinigkeiten gleich mit ausgebaut werden können, dies auch zu tun. Hier sollte nicht so stur auf die Prioritätenliste geguckt werden, damit man in dieser Region dann mit dem Straßenabschnitt komplett fertig ist. Über die Prioritätenliste sollte man in diesen Fällen einfach mal hinweggucken.

Frau Laarß berichtet, dass sie diesen Zustand - befestigte Straße dann kommt Holperstraße oder „Schweinesuhle“ - auch gut kennt, wenn sie mit dem Fahrrad oder zu Fuß in den Vogelsteigen unterwegs ist. Hier wurde dieses Prinzip, welches Herr Mund gerade angesprochen hat, auch nicht berücksichtigt. Am Argsten wird dieser Zustand im Waldkautzsteig deutlich.

Herr Oehme möchte Frau Laarß berichtigen, und erklärt, dass im Zuge des Ausbaus des Nachtigallensteig der Zeisigsteig gleich mitgebaut worden ist. Das war damals eine Riesenmaßnahme, die mit einem Bauabschnitt gemacht worden ist. Es wurde zudem vom Amselsteig noch ein Ringschluss zum Habicht und Bussardsteig durchgeführt.

Frau Zock möchte jetzt endlich in der Tagesordnung fortfahren und stellt abschließend fest, dass in der nächsten Sitzung zum Thema Straßenbau noch mal unter Hinzuziehung aller Aspekte und Erwägungen beraten werden soll. Für heute soll diese Diskussion aber beendet sein.

## **zu TOP 5**

### ***Diskussion zur Überprüfung von Angehörigen kommunaler Vertretungskörperschaften nach dem Gesetz über die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen „DDR“ (Stasi-Unterlagen-Gesetz***

Frau Zock verliest eine Mitteilung der Verwaltung, wonach die Ortsbeiratsmitglieder nicht überprüft werden sollen, da die Gemeindevertretung das kleinste Gremium ist. Frau Zock fragt trotzdem in die Runde, ob der Antrag gestellt werden soll. Dies wird von allen Anwesenden verneint.

**Beschluss:** Der Antrag wird wegen der Nichterfüllbarkeit zurückgenommen.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig (mit 8 Ja-Stimmen)

## zu TOP 6

### **Diskussion zum Thema Jugendarbeit in Schönwalde**

Frau Zock verteilt mehrer Presseberichte über die Arbeit und die Aufgabenbereiche von Streetworkern und begrüßt nochmals Herrn Hoffmeyer-Zlotnik.

Sie führt in die Thematik ein und gibt einen Überblick über die zurzeit bestehenden Angebote für Jugendliche im Ortsteil. Frau Zock hat sich sachkundig gemacht und berichtet, dass es in anderen Städten und Gemeinden Kinder- und Jugendleitlinien gibt. Darin sind Schwerpunkte wie z.B. die Arbeit des Streetworkers, die Arbeit im Jugendklub und die Schulsozialarbeit beschrieben. Sinnvoll wäre auch die Einrichtung von einem Jugendbüro als Vermittlungs- und Informationsinstanz. Die Aufgaben eines Streetworkers liegen nicht darin Jugendliche für ihre Handlungen zu bestrafen, sondern vielmehr in der Prävention. Die Kontaktaufnahme, der Vertrauensaufbau und das damit verbundene Aufsuchen von Treffpunkten der Jugendlichen stellt einen Schwerpunkt der mobilen Jugendarbeit eines Streetworkers dar. Frau Zock stellt die Entscheidung die Streetworkerstelle zugunsten eines Ordnungshüters abzuschaffen, in Frage. Zudem moniert sie, dass wenn schon ein Ordnungshüter eingesetzt werden soll, dieser nicht nur für die Jugendlichen bestimmt sein sollte. Dann übergibt sie das Wort an Herrn Hoffmeyer-Zlotnik.

Herr Hoffmeyer-Zlotnik berichtet über seine Arbeit. Er berichtet, dass er auch Mitglied des Jugendhilfeausschusses im Landkreis ist. Von dort weiß er, dass es Planungsbüros gibt, welche einer Gemeinde beispielsweise beim Erstellen eines Jugendhilfeplanes zur Seite stehen würden. Zum Beispiel wurde in Brieselang bereits zu diesem Thema beraten und im Ergebnis ein Jugendhilfebeirat eingerichtet. Dies war damals ein Bedürfnis was von Brieselang - sprich von der Gemeinde selber - ausging. Danach hat das Jugendamt festgestellt das solche Prozesse wichtig sind und hat damit angefangen, auch in anderen Regionen solche Pläne zu erstellen. Auch die Stadt Falkensee verfügt inzwischen über einen Jugendhilfeplan. Dort setzt man sich für das Jugendparlament und die Weiterentwicklung der Jugendarbeit ein.

Vom Landkreis (Jugendhilfeausschuss) besteht das Interesse, dass mittelfristig alle Ämter einen Jugendhilfeplan erstellen sollen. Auch für Schönwalde bestünde die Möglichkeit sich dort hinzuwenden, um nicht als letzte Gemeinde mit der Erstellung eines Jugendhilfeplanes zu beginnen. Eine Befragung / Einbeziehung der Jugendlichen bei der Erstellung eines Jugendhilfeplanes ist unbedingt anzuraten. Man muss die Bedürfnisse der Jugendlichen kennen, um hier sinnvolle Jugendarbeit gestalten zu können. Als Ansprechpartner empfiehlt Herr Hoffmeyer-Zlotnik die neue Jugendhilfeplanerin im Landkreis.

Frau Zock bedankt sich für die guten Anregungen.

Herr Krug fragt, ob der ASB der unmittelbare Arbeitgeber der Streetworkerin ist. Weiter fragt er, wie die Streetworkerin denn ihre Arbeit hier im Gemeindegebiet selber einschätzt. Ob sie denn ihre Arbeit als positiv und sinnvoll eingeschätzt hat.

Herr Hoffmeyer-Zlotnik bejaht diese Frage. Die Streetworkerin hat ihre Arbeit durchaus als sinnvolle und positiv eingeschätzt. Besonders die Zusammenarbeit mit Herrn Mumm hat sie in Form einer Arbeitsteilung, für beide Seiten als positiv erachtet. Sie als Diplom-Psychologin - sprich als Fachkraft - und Herr Mumm als Praktiker hätten sich gut ergänzt. Mit der Gemeinde war vertraglich vereinbart, dass die Arbeit zu 50 % in den Klub's und zu 50 % auf der „Straße“ stattfinden soll. Dies wäre von der Streetworkerin auch so umgesetzt worden. Die Gemeinde wurde in Wochenberichten regelmäßig über die Arbeit und die Aufenthaltsorte der Streetworkerin informiert. Prinzipiell ist Herr Hoffmeyer-Zlotnik der Meinung, dass in Schönwalde die Aufgaben eines Streetworkers nicht hinreichend bekannt waren und an die Streetworkerin falsche Erwartungen gestellt worden sind. Von der Auflösung des Vertrages zwischen der Streetworkerin und der Gemeinde hat er leider erst viel zu spät erfahren. Er hätte sich hier eine frühere Beteiligung gewünscht. Dass der Träger zu der Anhörung im Bildungsausschuss, wo dann über die Vertragsauflösung entschieden worden ist, nicht eingeladen wurde, ist sehr bedauerlich. Letztlich ist es aber die Entscheidung der Gemeinde, ob sie eine Streetworkerstelle führt oder nicht.

Frau Zock bedauert es auch, dass der Träger in die Entscheidungsfindung zur Abschaffung der Streetworkerstelle nicht mit einbezogen worden ist. Aus diesem Grunde hat sie Herrn Hoffmeyer-Zlotnik auch heute die Gelegenheit geben wollen, seinen Standpunkt darzulegen.

Frau Zock bedauert die Abschaffung der Streetworkerstelle sehr und hofft, dass im Rahmen der Erstellung eines Jugendhilfeplanes auch hier in Schönwalde noch mal darüber nachgedacht wird. Die Abschaffung der Streetworkerstelle zugunsten der Stelle eines Ordnungshüters hält Frau Zock für einen schlechten Tausch für die Schönwalder Jugendlichen.

Frau Dr. Krieg moniert, dass der Begriff eines Ordnungshüters in der letzten Gemeindevertretersitzung noch korrigiert worden ist. Gerade Frau Ehl hat sich vehement gegen diesen Begriff ausgesprochen. Frau Krieg möchte gern Herrn Mumm über seine Arbeit befragen.

Herr Oehme moniert, dass hier zurzeit Sachen raus gehauen werden, die den nicht öffentlichen Teil betreffen und möchte die Diskussion in der Art und Weise nicht fortsetzen. Zudem stellt Herr Oehme klar, dass er sowohl mit dem Träger der Maßnahme als auch mit der Streetworkerin gesprochen hat und von beiden die klare Aussage erhalten hat, dass so wie besprochen, verfahren werden kann. Er Oehme ermahnt die Abgeordneten die Nichtöffentlichkeit zu respektieren.

Frau Zock verweist auf den Artikel neulich in der MAZ, wo der Begriff Ordnungshüter schon verwendet worden ist und auch auf die Problematik bzgl. der Streetworkerstelle schon aufmerksam gemacht wurde. Die Tatsache, dass der Träger nicht rechtzeitig informiert wurde, ist ein Mangel im Verfahren, welcher aber nicht unter Ausschluss der Öffentlichkeit diskutiert werden muss. Die Diskussion kann also weiter öffentlich geführt werden.

Herr Hoffmeyer-Zlotnik ist der Meinung, dass man solange die Diskussion allgemein gehalten wird und keine Details der Arbeitsweise der Streetworkerin hier diskutiert werden, kann man weiterhin öffentlich besprechen. Weiter berichtet er anhand des Beispiels von Brieselang, dass dort das Problem erkannt wurde und es gibt dort sowohl einen Streetworker für die mobile Jugendarbeit als auch eine Ordnungskraft, die dann natürlich ganz andere Aufgaben hat, als im Bereich der Jugendarbeit üblich.

Herr Mumm lobt das große Engagement unserer Streetworkerin. Bei seinen weiteren Ausführungen unterbricht ihn Frau Zock im Hinblick auf das eben zum Thema „Nichtöffentlichkeit“ gesagte. Die Ausführungen werden zu detailliert. Herr Hoffmeyer-Zlotnik lobt nochmals die gute Teamarbeit der beiden Streetworker.

Herr Hoffmeyer-Zlotnik spricht sich wiederholt für die Einführung eines Jugendhilfeplanes auch hier in Schönwalde aus, unter Einbeziehung von allen die sich im Bereich Kinder- und Jugendarbeit engagieren. (Vereine, Schule, Bildungsausschuss etc.)

Herr Krug schlägt vor, die Jugendberaterin in eine der nächsten Sitzungen des Ortsbeirates einzuladen, um dann das Thema noch mal ausführlich zu beraten.

Herr Bauer schlägt vor, erstmal den Bedarf für Stellen im Bereich der Jugendarbeit zu ermitteln. Ein großes Augenmerk müsste auf die Qualität der Arbeit in den Klubs gelegt werden. Eine gute Klubarbeit zieht die Jugendlichen weg von der Straße und rein in die Klubs. Zuerst muss jedoch geklärt werden, was denn die Jugendlichen wollen, bevor man über Stellenabbau oder die Schaffung von zusätzlichen Stellen nachdenkt. Es muss der Bedarf ermittelt werden, der sich an den Bedürfnissen der Jugendlichen orientieren muss.

Frau Zock fasst zusammen, dass wir der Anregung von Herrn Hoffmeyer-Zlotnik zur Erstellung eines Jugendhilfeplanes in Zusammenarbeit mit allen, die sich im Bereich Jugendarbeit engagieren, einschl. der Jugendlichen selbst, folgen werden. Zudem werden wir in einer der nächsten Sitzungen die Jugendplanerin des Kreises mit einladen.

Bei Herrn Hoffmeyer-Zlotnik bedankt sich Frau Zock recht herzlich für seine aktive Teilnahme und Unterstützung zu diesem Tagesordnungspunkt.

## zu TOP 7

### **Studentenprojekt Ortskerngestaltung**

Studenten beschäftigten sich eingehend in und mit Schönwaldes Ortskern unter der Leitung von Herrn Professor Dr. Kühnel. Eine Jury, die noch zusammengestellt wird, soll unter den Arbeiten der Studenten die drei Besten auswählen, die dann wie folgt ausgezeichnet werden sollen:

**500,- € Prämie für den 1. Platz**  
**300,- € Prämie für den 2. Platz**  
**150,- € Prämie für den 3. Platz**

Herr Hans-Joachim Mund findet es in Ordnung, dass eine Prämierung stattfindet, die Prämiensumme allerdings übertrieben hoch, und fragt Frau Zock, wo das Geld dafür herkommen soll.

Frau Zock schlägt vor, das Budget aus dem Präsentationsfonds des Bürgermeisters zu nehmen.

Herr Bauer fragt, ob man hierfür auch den Vereinsfonds nutzen könne.

Herr Hans-Joachim Mund antwortet, dass dies nicht möglich ist.

Herr Oehme informiert, dass bisher keine Summe genannt wurde. Er kann zum jetzigen Zeitpunkt nicht sagen, ob das gewünschte Geld pünktlich zur Ehrung auch tatsächlich zur Verfügung steht. Er fragt deshalb nach einem Verhandlungsspielraum. Grundsätzlich lehnt er die Prämierung jedoch nicht ab und wird mal nachschauen, ob er das Geld aus irgendeinem Topf zur Verfügung stellen kann; eventuell auch in der gewünschten Höhe. Das stehe aber zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht fest.

Frau Behrendt und Frau Laarß schlagen im Hinblick dessen, das es einen derartigen Sachverhalt schon einmal gab, vor, dass der Antrag so gestellt wird, dass die Beträge offen bleiben.

Frau Zock ändert in ihrem Antrag den Beschlusstext: Die Summen werden gestrichen und der Satz endet bei „Preisgelder“.

Der Antrag wird so von der Mehrheit angenommen.

**Abstimmungsergebnis: 5 Ja-Stimmen / 0 Nein-Stimmen / 3 Enthaltungen**

Nun sollen Vorschläge zu den Jury-Mitgliedern gemacht werden. Frau Zock gibt bekannt, dass es bereits feststeht, dass drei Professoren der TFH Berlin in der Jury sitzen werden. Insgesamt sollte man die Jury auf 7 Personen begrenzen.

Herr Krug schlägt als Jury-Mitglieder junge Leute vor, wie z. B. den Gesamtschulsprecher der Grundschule Schönwalde sowie eine Person aus dem Jugendklub.

Ebenso wird Frau Rosemarie Witte vorgeschlagen.

Frau Dr. Krieg merkt an, dass im Falle des Zutritts der Öffentlichkeit die Veranstaltung vorher bekannt zu geben ist. Als Ortsbeiratsmitglied würde sie sich, zwecks einer Entscheidungsfindung, jemanden vom Fach mit dazu (in die Jury) holen.

Frau Zock erwidert, dass man in diesem Fall keinen Fachmann mehr benötigt, da bereits drei Professoren von der TFH Berlin in der Jury sitzen. Sie schlägt vor eventuell einen Künstler mit in die Jury zu nehmen.

Herr Schatz vertritt die Auffassung, dass Bürgermeister Oehme unbedingt ein Jury-Mitglied sein sollte. Herr Hans-Joachim Mund benennt als Mitglied einen der beiden Orts-Chronisten von Schönwalde, die nach seinem Dafürhalten in der Jury nicht fehlen sollten: entweder Frau Schade oder Herrn Link.

Frau Zock wird die vorgeschlagenen Jury-Mitglieder fragen und verkündet abschließend Ort und Datum für die Veranstaltung: **Donnerstag, am 11.06.09 ca. 16:00 im Schwanenkrug.**



Herr Oehme empfiehlt die geplante Uhrzeit auf den Abend, ca. 18.00 Uhr, zu verschieben, da es mitten in der Woche für Berufstätige um 16.00 Uhr eher ungünstig ist. Seine Zusage als Jury-Mitglied gibt er sofort ab.

Herr Hans-Joachim Mund würde gern noch den Tag von Donnerstag auf Freitag verlegen.

Frau Zock wiederholt, dass sie sich mit dem leitenden Professor dieses Projektes in Verbindung setzen wird. Die Einladung wird an alle rechtzeitig versandt.

## **zu TOP 8**

### ***Diskussion und Beschluss zur Instandsetzung der Buswartehäuschen im Ortsteil Schönwalde-Siedlung***

Bestandsaufnahme von Frau Zock: Bei vielen Schönwalder Buswartehäuschen fehlen die Seitenwände aufgrund von Vandalismus. Frau Zock ist jede einzelne Bushaltestelle abgefahren und hat die fehlenden Seitenwände gezählt. Der Zustand ist so nicht haltbar. Hier muss möglichst rasch etwas passieren. Sie verliert eine Stellungnahme der Verwaltung zum Thema Buswartehäuschen, aus welcher hervorgeht, dass zurzeit 8.000,00 Euro im Haushalt für alle Buswartehäuschen der Gemeinde bereitgestellt sind.

Es wird vorgeschlagen, die Bushäuschen mit Hartschaumplatten bestücken und dann bemalen zu lassen, um das bereits begonnene Projekt „Kunst gegen Vandalismus“ fortzuführen. Der Preis pro Wartehalle würde laut Verwaltungsaussage ca. 8.000,- Euro betragen.

Herr Schatz setzt die Instandsetzung der Buswartehäuschen mit einem „Sparschwein mit Loch“ gleich. Eine ständige Erneuerung der Seitenwände ist seiner Meinung nach sinnlos. Daher greift er den Vorschlag des Bauamtes auf, wonach die Wartehäuschen nur mit einem Dach versehen werden - ohne Seitenwände, die ja doch immer wieder kaputt gemacht würden. Dann würden die verantwortlichen Vandalen, in denen Herr Schatz hauptsächlich Schönwalder Jugendliche sieht, mit ihren eigenen Taten konfrontiert und bestraft.

Herr Krug verwahrt sich gegen die Äußerung von Herrn Schatz, denn er hat selbst zwei jugendliche Söhne, die keine Vandalen sind, aber auch auf den Bus und einen Unterstand angewiesen. Mit dieser Maßnahme würde man die Falschen bestrafen, denn es fahren ja auch viele Rentner mit dem Bus. Er spricht sich erneut dafür aus, dass das begonnene Projekt der künstlerischen Gestaltung fortgeführt wird. Weiter schlägt er vor, dass probeweise ein Buswartehäuschen mal von einem Profisprayer besprüht wird, um zu sehen, ob dies dann auch wieder übersprüht wird.

Herr Hans-Joachim Mund beruft sich auf sein Wissen aus dem Physikunterricht und spricht sich dafür aus, dass um Kosten zu sparen, geprüft werden kann, ob nicht 3 Seitenelemente zum Schutz der Wartegäste ausreichen würden.

Über die einzelnen Vorschläge wird nun abgestimmt.

Der Vorschlag von Herrn Schatz die Seitenwände wegzulassen und die Buswartehäuschen nur mit einem Dach zu bestücken, findet keine Mehrheit.

### **Beschluss:**

Es wird weiter darüber abgestimmt, das begonnene Projekt der künstlerischen Gestaltung weiterzuführen und die Buswartehäuschen mit Hartschaumplatten zu bestücken. Dabei soll ein Buswartehäuschen von einem Profisprayer gestaltet werden und die anderen Buswartehäuschen im Rahmen einer Projektarbeit mit interessierten und begabten Jugendlichen. Die Verwaltung soll bei der Ausstattung der Buswartehäuschen nach Kosten einsparenden Möglichkeiten in der Art und Weise suchen, wie Jochen Mund sie vorgeschlagen hat.

**Abstimmungsergebnis: 7/1/0 (mehrheitlich angenommen)**

### zu TOP 9

#### **Sachstand (mit Zeitfenster) zum Thema Neubau Jugendklub und Bolzplatz in der Fehrbelliner Straße einschl. finanzielle Absicherung im Haushalt 2009**

Frau Zock verliest eine Stellungnahme der Verwaltung. Herr Oehme ergänzt, dass es eine Beschlussvorlage zum Neubau eines Jugendklubs und Bolzplatz bereits in der Junisitzung der Gemeindevertretung geben wird.

Zurzeit sind für die Planungsarbeiten ausreichend Mittel (ca. 70.000,- EUR) im Haushalt der Gemeinde eingestellt. Im Jahr 2010 kann dann voraussichtlich mit dem Bau begonnen werden.

### zu TOP 10

#### **Diskussion und Beschluss zur Erneuerung der Straßenbeschilderung in unseren Sackgassen und Angern**

Frau Zock verliest eine Zuarbeit der Verwaltung. Daraus geht hervor, dass zurzeit noch Erfassung für eine Beschilderung der Sackgassen und Anger erstellt werden konnte. Die Zuarbeit soll bis zur nächsten Sitzung vorliegen.

Es wird noch einmal informiert, dass sowohl im Gotenweg als im Zeisigsteig, alarmierte Rettungsfahrzeuge wegen fehlender Hausnummerierung auf Straßenschildern, hier: speziell an Angern, vorbeigefahren sind. **Frau Laarß** möchte unbedingt die **Wichtigkeit des TOP's** deutlich machen und dies auch im Protokoll erwähnt wissen.

**Hinweis an die Verwaltung:** Frau Dr. Krieg möchte bei einer Beschlussfassung auch „beleuchtete Hausnummern“ mit aufnehmen.

Die TOP wird mit dem Hinweis auf die fehlende Zuarbeit der Verwaltung auf die nächste Ortsbeiratssitzung vertagt.

### zu TOP 11

#### **Sachstand Rathausneubau in der Berliner Allee 7, Schönwalde-Siedlung**

Die Architekten Sandor Fakas aus Berlin und Herr Riebschläger aus Schönwalde wurden mit der Planung beauftragt.

Die Planung der Aushülle ist durch die Gemeindevertretung bereits beschlossen. Für die Innenplanung haben die Architekten einen Raumbedarfsplan von der Verwaltung erhalten. Diese Planung soll bis zum 18.06.2009 abgeschlossen sein. Bis dahin soll auch eine Kostenschätzung für das Gesamtprojekt vorliegen. Diese fehlt zurzeit noch. Bis zum 30.06.2009 will die Verwaltung den Bauantrag gestellt haben.

Der Jugendklub wird nicht in das Rathaus integriert. Daher wird verstärkt die Fehrbelliner Str. für den Jugendklubneubau fokussiert.

### zu TOP 12

#### **Information zur vorliegenden Planung L 20, OT Schönwalde-Siedlung, Mitwirkung des Ortsbeirates**

Frau Zock hat einen Tag vor dieser Sitzung, d.h. am 18.05.09, um 17.00 Uhr, einen grünen Leitz-Ordner von der Verwaltung erhalten. Frau Schmidt vom Bauamt konnte ihr dazu keine sachdienlichen Hinweise und Auskünfte geben. Mit der Bewertung und Vorstellung der Planungsunterlagen „vom Land“ fühlt sich Frau Zock auch aufgrund der Kürze der Zeit, welche man ihr dafür eingeräumt hat, überfordert. Sie möchte darüber nicht beraten.

Herr Schatz ergänzt, dass dies nicht Sache des Ortsbeirates sei.

Herr Laarß schlägt vor, die Ortsbeiratsmitglieder zum nächsten Bauausschuss einzuladen.

Die Unterlagen werden an die Gemeindeverwaltung zurückgegeben.

### **zu TOP 13**

#### ***Diskussion und Beschlussfassung der Aufgabenfelder einer bzw. eines Kinderbeauftragten für den Ortsteil Schönwalde-Siedlung***

Frau Zock meint, die Aufgaben eines oder einer Kinderbeauftragten müssen genau abgesteckt werden, bevor man einen Kinderbeauftragten benennt.

Herr Laarß schlägt vor, diese Aufgabe an die Gemeindevertreter zu übertragen, da dort ortsübergreifend für Schönwalde-Glien entschieden wird. Der Kinderbeauftragte sollte schließlich nicht nur für Schönwalde-Siedlung da sein, sondern für alle Ortsteile.

Der Vorschlag von Herrn Laarß kommt zur Abstimmung.

**Abstimmungsergebnis: 7/0/0 (einstimmig angenommen)**

### **zu TOP 14**

#### ***Vereinsfonds***

Die AG Schach beantragt 500,- Euro für Zuwachs der Teilnehmeranzahl sowie für Schachfiguren und Komplettsätze und Literatur. Auch für Pokale und Ehrungen bei Turnieren wird das Geld benötigt. Frau Dr. Krieg hatte der Schach-AG vorgeschlagen, sich direkt an den OBR zu wenden, da bisher und in wiederholtem Maße nichts von Seiten des Schulfördervereins in punkto Geldzuwendung erreicht wurde.

Herr Hans-Joachim Mund informiert, dass *Vereine* über ein gewisses „Einkommen“ durch Zahlung von Mitgliedsbeiträgen verfügen. Die Schach-AG habe aber keine Mitglieder, die Beiträge zahlen. Daher stimmt er für 100% der Zahlung des beantragten Geldes und nicht wie bisher, nur für die Hälfte.

Frau Laarß schlägt 350,- Euro vor. Für das Geld könne man die von der Schach-AG benötigten Materialien, wie Schachuhren, -bretter, -figuren, Pokale und Fachlektüre kaufen. Bei Wettkämpfen können die Startgelder der Teilnehmer für weitere Anschaffungen verwendet werden.

Es folgt die Abstimmung.

**Bewilligung von 350,- Euro.**

**Abstimmungsergebnis: 7/0/0 (einstimmig angenommen)**

### **zu TOP 15**

#### ***Sonstiges***

Herr Oehme informiert, dass am Donnerstag, den 21.05.09, die BraLa in Paaren stattfindet.

Frau Zock - beendet den öffentlichen Teil um 22.15 Uhr die Sitzung, bedankt sich bei allen und wünscht einen guten Weg nach Hause.

**Der Ortsbeirat tagt jeden dritten Dienstag im Monat. Die nächste Sitzung findet am 16.06.2009 statt.**

Für die Richtigkeit:

---

Ines Zock  
- Ortsvorsteherin des Ortsbeirates Schönwalde-Siedlung -

---

Beate Buchcik  
- Protokollantin -

